

Bericht des Vorstandes
anlässlich der
24. Sitzung der Vertreterversammlung
der KV Thüringen am 18. Mai 2022

Teil I

Berichterstatterin:

Dr. med. Annette Rommel

1. Vorsitzende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben einen bitteren Frühling. Die Natur blüht auf wie immer und nichts ist so, wie es einmal war. Wer hätte sich denken können, dass die Steigerungsform der Pandemie ein Krieg sein könnte? Ein Krieg vor unserer Haustür mit einer realen Bedrohung für Freiheit und Demokratie auch bei uns im restlichen Europa.

Hatten wir als Ärztinnen und Ärzte der Pandemie all unser Wissen, Können und Einsatzwillen entgegensetzen, so können wir im Falle des Krieges bei den Menschen, die zu uns kommen, nur Wunden heilen - Wunden körperlicher und/oder seelischer Natur. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben sich zu Beginn des Zustroms der Menschen aus der Ukraine dazu bereit erklärt – auch in den Zeiten, als die Vergütung noch nicht geklärt war. Wir als KV Thüringen haben hier bei den einschlägigen Behörden Druck gemacht für eine unkomplizierte Lösung für die Behandlung ukrainischer Geflüchteter. Das Übel an der Wurzel packen können wir jedoch leider nicht. Hier ist die Politik gefragt. Zaudern ist nicht das Mittel der Wahl. Das können wir aus Erfahrung sagen.

Wir Ärztinnen und Ärzte Thüringens haben von Beginn der Pandemie an nicht abgewartet, sondern losgelegt. Nur um es noch einmal in Erinnerung zu rufen - Abstrichstellen in Rekordzeit aufgebaut, Infekt-Sprechstunden, PSA, Heimversorgungskonzept, dann das Impfen - die KV Thüringen im Auftrag des Landes und die Vertragsärzteschaft ab Ostern des vergangenen Jahres als Turbo. Hier konnten wir das Übel an der Wurzel packen, ungeachtet dessen, dass Unvorhergesehenes schneller nachwuchs als wir erwartet hatten. Damit haben wir ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte als starke Kraft ein Bollwerk vor den Krankenhäusern aufgebaut und die Intensivstationen entlastet. In der letzten großen vierten Welle der Pandemie haben wir die Hauptlast der Versorgung getragen. Die Omikron-Variante mit ihrer hohen Infektiosität bescherte uns Schlangen von im Schnelltest positiv Getesteten vor den Praxen. Die meisten Verläufe waren nicht schwer, sodass die Intensivstationen weniger frequentiert waren. Viele Erkrankte lagen jedoch mit oder wegen Corona auf Normalstationen und wir waren in der Nachbetreuung gefordert. Diese Situation war für uns und unsere Praxisteam im Pandemieverlauf eine weitere Herausforderung. Vorher hatten wir die großen Impfwellen der Erst-, Zweit- und Dritimpfungen bewältigt, was ein extrem logistischer Aufwand in den Praxen war, insbesondere auch vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen wie fehlender Impfstoffe und so weiter. **(Folien - Impfen)**

Wertschätzung und Dank dafür vermissen wir von der Politik noch heute. Nach dem übergroßen Lob für die Mitarbeitenden der Intensivstationen – natürlich verdientermaßen - folgt ein mageres Sätzchen über die ambulant Tätigen. Der MFA-Bonus wird jedoch weiterhin strikt abgelehnt. Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben - aus ihrem eigenen Honorar, zugegeben steuerfrei - ihre Mitarbeiterinnen wertgeschätzt. Das ist toll. Aber so kann es nicht sein.

Was unter den gegebenen Umständen eine Belastung für Mitarbeitende im ambulanten wie im stationären Bereich ist, ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht – eingerichtet, um die vulnerablen Gruppen zu schützen. Unter der Maßgabe einer nicht nachfolgenden Allgemeinen Impfpflicht ist diese Verordnung zur Farce verkommen. In der Omikron-Welle wurde deutlich, dass auch 3-fach Geimpfte erkrankten und demzufolge auch Überträger der Infektion sein können. Die normalen Hygienemaßnahmen – im Speziellen Maskenpflicht, Abstand und Händehygiene sind insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens die Mittel der Wahl. Das Scheitern der Allgemeinen Impfpflicht im Bundestag war eine schwere Niederlage für den Bundesgesundheitsminister Prof. Lauterbach und die gesamte Koalition und das Ganze vor dem Hintergrund der Beschwörungen des Wissenschaftlers Lauterbach vor der Killer-Variante im Herbst. Wer will das jetzt hören in einer Situation, wo für die Bevölkerung Corona gefühlt vorbei ist, viele Maßnahmen ausgelaufen sind und das gesellschaftliche Leben mit aller Macht anläuft? Jeder fühlt sich befreit. Aber wir wissen, das ist ein trügerisches Gefühl. Es gibt nach wie vor Infektionen und Vorsicht ist angesagt. Wir wissen, wie wir handeln müssen, wenn die nächste Welle auf uns zurollt. Wir wenden unsere bewährten Maßnahmen an. Weiß das unsere Regierung im gesellschaftlichen Kontext auch? Eine Evaluationskommission scheint kein eindeutiger Konsens zu sein und das Ausscheiden des bekannten Infektiologen Drosten, angeblich weil kein Epidemiologe dabei ist, spricht Bände. Statt zu reden und in Talkshows publikumswirksam die Apokalypse zu beschwören, gilt es sich effektiv vorzubereiten. Ich glaube nicht, dass die Lösung darin liegen kann, alle bekannten Instrumente wieder aus der Mottenkiste zu holen à la China. Da braucht es schon mehr Fantasie und ein differenziertes Vorgehen. Dabei gilt bei allem, was du tust, bedenke das Ende. Ich denke unter anderem dabei an psychische Belastungen von Eltern und Kindern und die Folgen für einen erhöhten Bedarf von Psychotherapie, den unsere Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten jetzt mit Mühe abdecken können. Geld und mehr Manpower sind nicht immer die Lösung, wie man mit Blick auf den ÖGD sieht. Im sogenannten ÖGD-Pakt ist es vorgesehen, 3.500 Stellen zu besetzen, um die Nachverfolgung der Kontaktpersonen im Herbst zu garantieren. Aber wäre nicht vielleicht die adäquate Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitswesen und die Flexibilisierung ihrer Weiterbildung sowie die Umsetzung einer schnellen Digitalisierung mit Primat auf den Anschluss an die TI das Wichtigste? Die Kommunikation über KIM mit den anderen Playern im Gesundheitswesen muss eingerichtet und Daten effektiv ausgetauscht werden! Dies ist eine entscheidende Lehre aus der Pandemie. Es ist auch eine Forderung, die wir gemeinsam mit Frau Francke, Berufsverband ÖGD, Vorsitzende im Landesverband Thüringen, gegenüber dem Land und dem BMG geltend gemacht haben. Nach dem Weggang der bisherigen Protagonisten Dr. Ludewig und Klose haben wir das nochmals der neuen Verantwortlichen im BMG, Frau Dr. Ozegowski, vorgetragen. Wir sind gespannt auf ihre Rückantwort. Wir haben mit vielen Gesundheitsämtern hervorragend zusammengearbeitet, bei einigen anderen war der Weg durch die Pandemie eher holprig. Interessant fand ich den Brief eines Gesundheitsamtsleiters nach dem Schließen unserer Abstrichstellen. Der besagte Gesundheitsamtsleiter postulierte gegenüber dem Thüringer Landesverwaltungsamt, dass er die Pandemiebekämpfung unter diesen Umständen nicht mehr stemmen könne. Das sollte als Vorwurf uns gegenüber gemeint sein. Ich habe es aber eher als Bestätigung unserer wichtigen Rolle auch auf dieser Ebene gesehen, gleichzeitig ist es aber auch traurig.

Wir als KV Thüringen und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen haben uns bei der Pandemiebekämpfung weit aus dem Fenster gelehnt und alles medizinisch und menschenmögliches getan und das mit viel Effektivität. Das war eine Erfahrung und auf alle Fälle muss man Lehren daraus ziehen. Unser Kerngeschäft ist das, worauf wir uns konzentrieren müssen. Wir haben dieses auch zu keiner Zeit vernachlässigt. Zeit für Kreativität fehlte, aber die Honorarzahlforderungen sind pünktlich erfolgt, die TSVG-Bereinigung wurde sehr gut abgeschätzt, die nicht banale Schutzschirmbearbeitung erfolgte zügig und wurde zeitnah beschieden. Im Jahr 2021 ist ein deutlicher Rückgang der Schutzschirm-Anträge zu verzeichnen. Grund hierfür sind nur die geringen Honorarverwerfungen in der MGV, für den wir den Schutzschirm aufgespannt haben. Waren es im 1. Halbjahr 2020 noch 723 Anträge mit ca. 545.000 € Ausgleichszahlung in der MGV, sind es im 1. Halbjahr 2021 nur noch 230 Anträge mit ca. 177.000 € Ausgleichszahlung in der MGV.

In den Quartalen I und II/2021 wurden von den 230 Anträgen 31 bewilligt. 199 Anträge wurden abgelehnt, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Zum Beispiel in 97 Fällen gab es keinen Honorarrückgang des Gesamthonorars und in 76 Fällen gab es einen Rückgang im Gesamthonorar, aber nicht in der MGV von mindestens 15 % gegenüber des Vorjahresquartals.

Insgesamt kann man also sagen, unser HVM hat sich gewissermaßen als Schutzschirm erwiesen und die Honorare sind stabil geblieben. Die Frage ist jedoch. Wie wird sich das Realeinkommen dagegen in den nächsten Jahren entwickeln vor dem Hintergrund des rasanten Anstiegs der Inflation in diesem Jahr durch die internationale Entwicklung? Viele Kolleginnen und Kollegen wenden sich besorgt an uns. Primär waren die Wegegelder ein Thema wegen der horrend gestiegenen Kraftstoffkosten. Unser Anschreiben an die Krankenkassen mit der Forderung, über die Erhöhung der Wegegelder zu verhandeln, wurde kassenseitig mit der lapidaren Begründung abgelehnt, dass das Einkommen der Ärzteschaft so gut wäre, dass sie auch die gestiegenen Kosten tragen könnten. Das ist ein Affront gegen die Leistung der Ärztinnen und Ärzte während der Pandemie. Das werden wir nicht auf sich beruhen lassen.

Mit Blick auf die Verhandlungen zur Weiterentwicklung des OPW für 2023 auf Bundesebene Ende Sommer dieses Jahres erheben wir klar die Forderung, von der vorgegebenen Systematik des rückwirkenden Jahresscheibenmodells abzuweichen und die realen Kostensteigerungen dieses Jahres in die Berechnung einzubeziehen. Das ist eine Forderung vieler unserer Mitglieder. Ich schlage Ihnen vor, dies in einer Resolution aus dieser Vertreterversammlung heraus zu bekräftigen.

(Folie – Resolution Entwurf)

Eine gute Nachricht zum Honorar am Ende dieses Kapitels: Noch in dieser Woche lösen wir die Honorarverteilung 2018 auf. Das entspricht 15,5 Mio. € - 10 Mio. € bei den Hausärzten und 5,5 Mio. € bei den Fachärzten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiges Thema hat in den letzten Wochen die Medien beschäftigt - investorengetragene MVZ. Das Thema treibt uns um in Bezug auf die Sicherstellung der umfassenden flächendeckenden Versorgung. Natürlich darf man hier keine voreiligen Schlüsse ziehen, sondern muss die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Versorgung mit geeigneten Mitteln wissenschaftlich untersuchen. Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) wird sich dessen im Auftrag der KVen annehmen. Für uns als KV Thüringen steht in diesem Zusammenhang die Forderung an den Gesetzgeber im Vordergrund, die Gründungseigenschaften für MVZ auf die KVen zu erweitern und die Zulassungsvoraussetzungen zu verändern, sodass MVZ und eine niedergelassene Ärztin bzw. ein niedergelassener Arzt gleiche Bedingungen bei der Anstellung einer Ärztin bzw. eines Arztes haben. Das in der Klausurtagung der KV Thüringen im vergangenen Jahr beschlossene Projekt läuft und ist bei unserer Aufsicht zur Überprüfung. Thüringen wird dieses Thema auch bei der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) auf die Tagesordnung bringen.

Ich kann Ihnen weiterhin berichten, dass basierend auf den Beschlüssen der Klausurtagung die erste Außendienstlerin ihre Arbeit aufgenommen hat. Zunächst geht es um Wissensaneignung und persönliche Gespräche mit Ärztinnen und Ärzten, die sich mit dem Problem der Praxisabgabe beziehungsweise wegen der Versorgungslage in der Region an uns gewandt haben.

Eng damit verbunden ist die Nachwuchsförderung – ohne junge Ärztinnen und Ärzte keine Praxisnachfolge. Beginnend vom Studium mit unserer Ärztescoutin Frau Scheide, die auch in Corona-Zeiten sehr aktiv war, über das Kompetenzzentrum bis hin zur Stiftung decken wir ein breites Spektrum von Förderung ab. Die Anzahl der Medizinstudierenden an der Medizinischen Fakultät des UKJ wurde um 10 % angehoben - eine langjährige Forderung von uns und der Kammer wurde damit vom Land realisiert. Wir sind sehr froh, dass wir mit der Fakultät, dem Studiendekanat und der Fachschaft über Frau Scheide so gut zusammenarbeiten.

Das Kompetenzzentrum zur Förderung der Effektivität in der Weiterbildung Allgemeinmedizin mit den Kooperationspartnern Landesärztekammer Thüringen, dem Institut für Allgemeinmedizin, der Landeskrankenhausesellschaft Thüringen mit der Geschäftsstelle in der KV Thüringen und der Leiterin Frau Lindner hat für die Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung 10 Seminartage zur Auswahl sowie regionale Mentoringgruppen 3 x jährlich. Zum Kompetenzzentrum gehört noch das Train-the-Trainer-Programm für Weiterbildungs-Ermächtigte, was die Landesärztekammer Thüringen ausrichtet.

Die Evaluationen der Veranstaltungen sind durchweg positiv, die Netzwerkbildung sinnvoll und die Stimmung bei den Seminaren phänomenal. Die jungen Kolleginnen und Kollegen wissen, was sie von der KV Thüringen erwarten können - Kompetenz, Verlässlichkeit, Transparenz und Service.

Gefördert durch die Stiftung zur Förderung der ambulanten Medizin in Thüringen haben in den letzten 13 Jahren 185 Stipendiaten die Facharztweiterbildung erfolgreich beendet und nehmen an der vertragsärztlichen Versorgung teil. Insgesamt gab es bis jetzt 11 allgemeinmedizinische Stiftungspraxen und eine augenärztliche Stiftungspraxis. Sieben davon wurden übernommen, zwei sind noch in Betrieb. In enger Kooperation mit unseren Niederlassungsberatern aus der Abt. Sicherstellung bilden die Mitarbeiterinnen unserer AG Nachwuchs ein kompaktes Netzwerk von Beratung und Förderung für Kolleginnen und Kollegen, die in der ambulanten Versorgung vorzugsweise niedergelassen tätig sein wollen.

Entscheidend für unsere Zukunft wird jetzt zusätzlich die aktive Akquise sein. Das wird zu den Aufgaben unseres Außendienstes gehören.

Genauso wichtig wie unser ärztlicher Nachwuchs sind auch die nachkommenden Mitarbeiterinnen für die Arztpraxen. Wir befinden uns auf dem Arbeitsmarkt in einem Konkurrenzkampf mit den Krankenhäusern und auch anderen Institutionen, die oft mit besserer Bezahlung und Karrierechancen punkten. Die Arbeit in unseren Praxen ist jedoch Teamarbeit und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen unerlässlich. Qualifikationsmöglichkeiten bestehen auch in Praxen, zum Beispiel zur NÄPA, Diabetes-Assistentin und so weiter.

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist ein neuer Gesundheitsberuf avisiert - die Community Health Nurse. Ein akademischer Gesundheitsberuf, der als selbstständig agierender Player im Gesundheitssystem tätig sein soll, im Sinne von Prävention, Unterstützung bei Pflegeentscheidungen, insbesondere im Hausbesuch bei älteren Bürgern. Hausärzte warnen in einer ersten Kurzstudie des Zentralinstitutes für die kassenärztliche Versorgung unter anderem vor der Entstehung neuer Schnittstellen. Eine Anbindung von Gesundheitsberufen an eine bestehende Hausarztpraxis ist das bessere Modell. Dazu ist es aber im ersten Schritt notwendig, die Vergütung der Leistungen der NÄPA vollständig zu garantieren. Ich erinnere an die quartalsmäßige Stützung für unsere NÄPAs im hausärztlichen Bereich über den HVM. Bei begrenzten Finanzen ständig Neues zu kreieren, statt das Vorhandene auskömmlich zu finanzieren und auszunutzen, ist kontraproduktiv für die Versorgung. Wissenschaftlich untermauert vom Zentralinstitut werden wir das der Politik vortragen.

Zum Ende meiner Rede möchte ich Sie noch kurz über die Erfolge bei der Verhandlung von Arznei- und Heilmitteln informieren. Sie erinnern sich vielleicht, Heilmittel mussten in diesem Jahr wegen der Preissteigerung bei den Leistungserbringern nachverhandelt werden, insbesondere Ergotherapie. Das ist uns auch gelungen, weil wir wollen, dass diese Möglichkeit aktuell bei den Vertragsärzten ankommt.

Auf der nächsten Folie zeige ich Ihnen die Ergebnisse der Prüfverfahren und daraus wird sehr deutlich, dass Regresse für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte in Thüringen keine Bedrohung mehr darstellen. **(Folien)**

Meiner Rede sind die Neuerungen der Prüfvereinbarung beigelegt, die ich hier nicht im Einzelnen vortragen möchte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute einen großen Bogen über viele Facetten unserer Arbeit gespannt. Besonders wichtig ist uns immer wieder der Austausch mit unseren Ehrenamtlichen und Mitgliedern. Deshalb freuen wir uns über jede Einladung zu Regionalstellenversammlungen und sind auch froh über die aktive Tätigkeit unserer Gremien. So hatten wir ein Treffen mit unseren Bereitschaftsdienst-Obleuten, wo wir uns intensiv zu Themen des Bereitschaftsdienstes austauschen konnten.

Ich hoffe jetzt auf einen regen Austausch mit Ihnen.

Es gilt das gesprochene Wort!